



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 190-2020
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☒
Geschäftsnummer: 2020.RRGR.244

Eingereicht am: 11.06.2020

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) (Sprecher/in)
Baumann-Berger (Münsingen, EDU)
Gerber (Detligen, SVP)

Weitere Unterschriften: 14

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 1254/2020 vom 11. November 2020
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Ablehnung**

Rücksichtnahme auf die Entwicklung von Kindern

Der Regierungsrat wird beauftragt, an den Volksschulen das Projekt «Sexuelle Vielfalt macht Schule» und ähnliche Interventionen von Lesben- und Schwulenorganisationen zu stoppen.

Begründung:

Die Motionäre und Motionärinnen teilen die Ansicht der Verantwortlichen des Lehrplans 21, dass sich die Sexualkunde am Alter und an der Entwicklung des Kindes orientieren und anpassen muss. Diesem Grundsatz wird aber mit den Schulbesuchen der Schwulen- und Lesbenorganisation und mit der Behandlung des ABQ-Projekts «Sexuelle Vielfalt macht Schule» mit den Themen «Sexuelle Orientierung» und «Geschlechtsidentität» widersprochen.

Mit den Fragen: «Bist du dir unsicher, ob du auf Frauen, Männer oder beides stehst? Bist du dir unsicher, wer du bist? Hast du Fragen zu den Themen lesbisch, schwul, bi oder trans»? werden junge Menschen aus den folgenden Gründen verunsichert: Die Geschlechtsidentität vollzieht sich in Entwicklungsstufen. Während sich das Kleinkind zu beiden Geschlechtern hingezogen fühlt und beim Spielen ungeachtet des Geschlechts seine Spielkameradinnen und Spielkameraden auswählt, zeigt sich, dass Kinder in der Pubertät Beziehungen zum gleichen Geschlecht pflegen. Nach dem Entwicklungspsychologen Willard Hartup übernehmen solche Freundschaften viele wichtigen Funktionen für die Heranwachsenden. Sie lernen, miteinander zu kooperieren, sich gegenseitig zu helfen oder gemeinsame Ressourcen miteinander zu teilen. Für Mädchen gilt, dass sie ihre Zeit am liebsten mit ihrer besten Freundin in einer Zweierbeziehung verbringen und diese Zeit, ganz dem Klischee nach, in erster Linie mit Gesprächen ausfüllen. Buben scheinen etwas mehr auf sich aufmerksam machen zu wollen, denn sie ziehen es vor, innerhalb von grösseren Gruppen (Peers) Zeit mit ihren Freunden zu verbringen, zum Beispiel beim Fussballspiel. So erwerben Kinder in der Pubertät neben ihrem biologischen Geschlecht zusätzlich eine soziale, auf der kulturellen Rollenverteilung basierenden Geschlechtsidentität. Hierzu dienen die physiologischen und biologischen

Unterschiede, wie z. B. die primären und sekundären Geschlechtsmerkmale, sowie die chromosomalen und hormonellen Unterschiede. In dieser Zeit der körperlichen Veränderung und der Identitätsfindung des jungen Menschen führen die Interventionen von Lesben und Schwulen (sie haben einen Bevölkerungsanteil von ca. 6 Prozent) zu Unsicherheit, Zweifel und Verwirrung.

Die Entwicklungspsychologin Laura Berk stellt fest, dass das Wohlbefinden des jungen Menschen von der empfundenen Eigenwahrnehmung abhängt und ob er mit seinen gleichgeschlechtlichen Freunden kongruiert. Die Zufriedenheit mit dem eigenen Geschlecht sei ein wesentlicher Faktor für ein glückliches Leben.

Bei rund 94 Prozent der Menschen verlagert sich das Interesse erst bei Eintreten der Adoleszenz auf einen Menschen anderen Geschlechts. Deshalb darf die Schwulen- und Lesbenorganisation in dieser natürlichen, aber sensiblen Entwicklungsphase den Mädchen und Buben nicht suggerieren, dass auch ihre sexuelle Orientierung lesbisch oder schwul sei. Zum Wohle und zur Rücksichtnahme auf die Entwicklung der sich in der Pubertät Befindenden ist auf das Projekt «Sexuelle Vielfalt macht Schule» und ähnliche Interventionen zu verzichten.

Diverse Links:

<http://www.g11.ch/schulbesuche.html>, <https://ahsga.ch/sexualpaedagogik/projekt-comout>, <https://abg.ch/index.php/classschulprojekt>

Antwort des Regierungsrates

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine Motion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats (Richtlinienmotion). Der Regierungsrat hat bei Richtlinienmotionen einen grossen Spielraum hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Die Entscheidungsverantwortung bleibt beim Regierungsrat.

Die Motionäre fordern, dass der Regierungsrat das Projekt «Sexuelle Vielfalt macht Schule» und andere Projekte zur sexuellen Orientierung an den Schulen beendet.

Die Schulen im Kanton Bern haben im Rahmen des Lehrplans 21 den Auftrag, den Schülerinnen und Schülern verschiedene Kompetenzen zu den Themen Beziehung, Liebe, Sexualität und Sexualaufklärung zu vermitteln. Dazu gehört auch die Thematisierung der sexuellen Orientierung. Im Plan d'études romand (PER) sind ähnliche Aktivitäten und Themen enthalten.

Den Lehrpersonen stehen für die Vermittlung dieser Inhalte altersgerechte Lehrmittel zur Verfügung. Es liegt in der Verantwortung der Lehrpersonen, ob sie zur Kompetenzvermittlung zusätzlich externe Angebote hinzuziehen. Klassenlehrpersonen haben bspw. die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler ab der 6. Klasse zu einem sexualpädagogischen Gruppengespräch bei der Berner Gesundheit anzumelden. In diesen Gesprächen thematisieren die Fachpersonen u. a. die Themen Sexualität, Identität und Selbstbestimmung. Lehrpersonen steht es frei, auch mit anderen externen Anbietern wie dem Verein ABQ Schulprojekt, den die Motionäre erwähnen, zusammenzuarbeiten.

Der Verein ABQ Schulprojekt ist ein privater Anbieter und privat finanziert. Momentan erfolgt keine finanzielle Unterstützung dieses Vereins durch den Kanton Bern. Das Spitalamt der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) hat diese für das Jahr 2020 abgelehnt.

Der Regierungsrat erachtet es als wichtig, dass die Thematik der sexuellen Orientierung an den Schulen thematisiert wird. Ebenfalls hält er es für sinnvoll, dass die Lehrpersonen und Schulleitungen darüber entscheiden, wie sie die Kompetenzen im Bereich Sexualaufklärung vermitteln und ob sie dafür externe Angebote hinzuziehen. Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat ein kategorisches Verbot des Einbezugs von Vereinen, die an Schulen zur Thematik der sexuellen Orientierung informieren, ab.

Verteiler

– Grosser Rat